

Die aktuelle Aufgabenstellung bzgl. der nach Europa und v.a. Deutschland kommenden Flüchtlinge, ist die mit Abstand größte Herausforderung, die unser Land nach seiner Wiedervereinigung erlebt – und sie wird unsere Gesellschaft in ihrem Wesen grundlegend verändern. Ohne Zweifel wird sich hieran zeigen, inwieweit unsere Republik und unser ‚Friedenskontinent‘ Europa in der Lage sind, einheitlich und glaubwürdig bei globalen Krisen und humanitären Desastern zu handeln. Im Augenblick zeichnet sich am Horizont jedoch eine graue, bittere Realität ab, wo wir am Schluss werden einräumen müssen, an den eigenen Maßstäben sehenden Auges zu scheitern. Teils weil sie schlicht auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten sind, teils weil damit Veränderungen in unserer Gesellschaft einhergehen, deren mögliche Ausprägungen zu recht hinterfragt werden müssen.

In der aktuellen Beobachtung drängt sich die Feststellung auf, dass gerade Deutschland seine alten Fehler wiederholt. Erst, wenn die Fakten ein Ausweichen und Abwarten nicht mehr zulassen, beginnt die Politik zu handeln und die veröffentlichte Meinung Themen gesellschaftspolitisch zu adressieren. Jedoch geprägt von einer einseitig empfundenen Sichtweise, die von einem naiven und teils realitätsfremden Welt- und Menschenbild ausgeht. Am Ende werden meist doch nur Symptome gemildert, anstelle Ursachen nachhaltig anzugehen. Abgerundet von dem Umstand, aus einem außenpolitischen und humanitären Konflikt zusätzlich ein innenpolitisches Problem gemacht zu haben.

Um dies in aller Klarheit zu sagen: Menschen in kriegsgeplagten Zeiten beizustehen und ihnen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen ist so richtig und selbstverständlich wie die Tatsache, dass unser Rechtsstaat in aller Härte und Konsequenz gegen Brandstifter, Gewalttäter und Volksverhetzer - auf allen Seiten - vorgeht! Die Lösung kann aber nicht sein, die Probleme der Welt zu uns zu holen, unseren Rechtsstaat in seiner Handlungsweise zu überfordern sowie durch politische Fehlentscheidungen zu untergraben. Außerdem den Flüchtenden zuzumuten für benötigte Hilfe erst den gefährlichen und teils tödlichen Weg nach Europa auf sich zu nehmen, ist fahrlässig und eine Form der Scheinheiligkeit.

Machen wir uns nichts vor. Es gibt gute Gründe dass international weitaus erfahrenere Völker und Länder wie Frankreich, Großbritannien, Kanada, Australien auch nicht nur ansatzweise die Zahl an Menschen aufnehmen, wie dies Deutschland gerade zulässt. Sie sehen die Risiken in puncto Integration, Kultur, Gesellschaft und auf die eigene Solidargemeinschaft, die bei Einwanderungsbewegungen dieser Größenordnung auf einen zukommen. Dies auszublenden, indem man stoisch auf mögliche Chancen hinweist und spekulativ wirtschaftliche Vorteile durch ‚Fachkräfte‘ herbeiredet, um eine Mehrheit zu überzeugen, wird den Interessen unserer Gesellschaft nicht gerecht und vergisst Jene, die (noch) nicht den Weg nach Europa gemacht haben und weiter in der Kriegshölle ausharren!

Es ist aus Sicht der CSU ein Kardinalsfehler, den unkontrollierten Zuzug 100.000er nach Deutschland zuzulassen oder gar öffentlichkeitswirksam, mit falschen Versprechen und Perspektiven, zu fordern. Die Effekte sehen wir: eine wachsende Schleuserkriminalität, Tote und Verletzte, Unruhen in den Aufnahmeeinrichtungen durch rivalisierende Ethnien und Religionen sowie das Lostreten neuer Massenbewegungen. Dies ist auf Dauer für uns nicht zu bewältigen und es hilft jenen Ländern nicht, aus denen die Menschen kommen und wo die Fluchtursachen nicht bekämpft werden.

Weiterhin machen wir es unseren europäischen Partnern unmöglich ihrer Pflicht- und Vertragserfüllung nachzukommen unsere Außengrenzen zu schützen und zu kontrollieren. Es muss der Anspruch, gerade in einem Europa offener Grenzen, gelten, dass wir wissen und selbstbestimmen wollen, wer zu uns kommt. Tun wir das nicht, wird das Schengen-Abkommen endgültig scheitern und Europa eine existenzbedrohende Sinn- und Vertrauenskrise bekommen. Es droht der Verlust an Freiheiten und

Errungenschaften, die nur durch ein lebendiges, bürgernahes und gemeinschaftliches Europa zu erreichen waren und sind!

Der Kern der CSU Forderungen in dieser Sache ist ganz klar: die humanitäre Hilfe muss europäisch vereinheitlicht werden und sich an UNHCR Standards orientieren. Schleuserkriminalität muss bekämpft und Asyl-/Flüchtlingspolitik europäisiert werden. Unsere Partner müssen mitgenommen und nicht mit deutschen Sondervorstellungen bevormundet werden. Wir müssen zurück zu einem geordneten, konsequenten und rechtsstaatlichen Verfahren für alle Schutzbedürftigen im Sinne des Asylrechts. Dies basierend auf Leistungs- & Rechtsstandards, die die individuelle Menschenwürde europaweit garantieren und unabhängig von der Kassenlage aufrecht erhalten werden können! Dies muss einhergehen mit mehr humanitärer Hilfe in den Flüchtlingscamps rundum Syrien, um den Menschen die Not zu nehmen und sie nicht zur Flucht zu zwingen, weil es ihnen an den elementarsten Dingen fehlt. Außerdem muss damit aufgehört werden, über die eskalierende Flüchtlingssituation, zu versuchen die Einwanderungsgesetzgebung unbedacht zu liberalisieren oder gar eine Art Rechtsanspruch auf Einwanderung nach Deutschland zu konstruieren. Erste richtige Schritte sind zwar gemacht, aber sehr spät, inkonsequent und zu einem hohen Preis!